Gute Standards | Seite 3
Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen

Bessere Unterstützung | Seite 4–5
Solidarisch durch die Energiekrise

Erfolgreiches Pilotprojekt | Seite 8
Kostenlose öffentliche Toiletten

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#06 klar.links
Nov./Dez. 2022
32. Jahrgang

Meine Sicht.

Mindestlohnbetrug verfolgen!

Seit dem 1. Oktober gilt der Mindestlohn von 12 Euro. Ein längst überfällige Erhöhung, die nun, angesichts der enorm angestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise eigentlich schon zu wenig ist. Wenig sind übrigens auch die Kontrollen, die bundesweit durchgeführt werden, um die Einhaltung des Mindestlohns zu überprüfen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) geht von einer Dunkelziffer von rund 2,4 Millionen Beschäftigten bundesweit aus, die keinen Mindestlohn bekommen, obwohl er ihnen zustehen würde. In Berlin wurden 2021 nur rund 1.800 der 150.000 steuerpflichtigen Unternehmen von der zuständigen Kontrollbehörde beim Zoll kontrolliert – also circa 1,2 Prozent. Das heißt, im Schnitt wird ein Betrieb in Berlin nur alle 83 Jahre einmal daraufhin überprüft, ob dieser seine Angestellten vernünftig bezahlt. Der Zoll leitet dann Ordnungswidrigkeitsverfahren ein. Und auch das ist gesetzlich leider viel zu milde geregelt. Denn Mindestlohnbetrug ist eigentlich knallharte Wirtschaftskriminalität und sollte dementsprechend geahndet werden. Deshalb braucht es mehr Personal bei der Kontrollbehörde und härtere Strafen für Unternehmen, die ihre Beschäftigten um den Mindestlohn betrügen!

Yvonne Hein, stellv. Bezirksvorsitzende der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg

Genug ist genug!

Die Preisexplosion droht die soziale Spaltung zu vertiefen

Schon vor Beginn des Ukraine-Krieges waren in Deutschland fast 14 Millionen Menschen von Einkommensarmut betroffen. Und überall dort, wo das Geld schon vorher knapp war, schlägt die aktuelle Preiskrise besonders hart zu. Kein Wunder bei einer Preissteigerung, die im Vorjahresvergleich zuletzt bei rund 10 Prozent lag, bei Lebensmitteln sogar bei fast 20 Prozent und bei Energie über 50 Prozent.

Bitter rächt sich jetzt, dass CDU/CSU und SPD über viele Jahre den Ausbau der Erneuerbaren Energien Jahre ausbremsten und Deutschland so abhängig von russischem Gas machten. Aber auch die aktuelle Koalition aus SPD, Grünen und FDP reagiert auf die Krise völlig unzureichend.

So fordert DIE LINKE gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden seit dem Frühsommer einen echten Gaspreisdeckel, damit das Heizen für alle bezahlbar bleibt. Doch Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Mannschaft stellten sich über Monate taub. Inzwischen ist der Druck so groß, dass auch die Bundesregierung handeln muss. Doch was sie konkret plant (Stand Ende Oktober) kommt zu spät, reicht nicht aus und droht die soziale Spaltung sogar noch zu verschärfen.

So sollen nach ihren Plänen hohe Einkommen mit rund viermal mehr Geld unterstützt werden als Menschen mit geringen Einkommen! Das zeigen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Notwendig wäre stattdessen weiter ein fixes bezahlbares Grundkontingent an Heizenergie, das ausreicht, damit sich Haushalte mit kleinerem und mittlerem Einkommen verlässlich weiter eine warme Wohnung leisten können.

Obendrauf kommt: Das Gaspreisbremschen der Bundesregierung soll frühestens im März starten, also erst gegen Ende der Heizperiode. Für die gesamte Zeit bis dahin soll gerade mal die Heizkostenabschlagszahlung für einen Monat übernommen werden! Das wird hinten und vorne nicht reichen. Deswegen fordert DIE LINKE für die Zeit bis zur Einführung eines echten Gaspreisdeckels weiter eine Direktzahlung an die unteren und mittleren Einkommen – aufs Jahr gerechnet bis zu 1.500 Euro für einen Single-Haushalt und 600 Euro obendrauf für jedes weitere Haushaltsmitglied. Das würde denjenigen wirklich helfen, die jetzt Unterstützung am dringendsten benötigen.

Geld, um die notwendige Entlastung zu finanzieren, ist zur Genüge da. Allein eine Abschöpfung der Extraprofite der Energiekonzerne, die diese infolge des Ukraine-Krieges ohne weiteres Zutun in diesem Jahr einstreichen konnten, brächte rund 100 Milliarden Euro. Doch auch hier zögert die Ampelkoalition. Doch wer nicht will, dass die aktuelle Preiskrise die Spaltung in Arm und Reich in unserem Land weiter vertieft, muss auch hier dringend handeln. DIE LINKE wird dafür weiter Druck machen.

Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestags

unsplash.com/Mykola Makhlai

Schulbauoffensive fortsetzen!

Während in Berlin viele Kinder ihren ersten Schultag mit Spannung entgegenfieberten, wurde in den Bezirken und Schulämtern der Entscheidung des Senates über die Aufrechterhaltung der angemeldeten Investitionsmittel für notwendige Baumaßnahmen im Schulbereich entgegengefiebert. Die Schulbauoffensive sollte in Berlin dem Schulplatzmangel entgegengewirken.
Doch mit den jüngsten Kürzungen der Investitionsmittel wurde der Schulbauoffensive nun der Wind aus den Segeln genommen. Setzen, 6. So muss die Berliner Schulbauoffensive aktuell bewertet werden.
In Friedrichshain-Kreuzberg reichen die Investitionsmittel bis 2026 lediglich für rund drei größere Baumaßnahmen im Schulbereich. Die Zukunft der restlichen dringend notwendigen Baumaßnahmen und Investitionen ist ungewiss. Die Auswirkungen werden verheerend sein: Es gibt keine Aussicht auf Schaffung der dringend notwendigen Kapazitäten und keine Mittel für die dringend notwendigen Sanierungen.
Vor allem für Familien und Kinder, die weniger Zugang zu guter Bildung haben oder Kinder mit besonderen Lernbedürfnissen, wird es schwieriger. Auf sie muss ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Sie dürfen nicht hinten runterfallen. Klar ist, für gutes Lernen und eine kontinuierliche Lernbiographie braucht es gute Lernbedingungen und -orte. In maroden Schulgebäuden und überfüllten Klassen geht das kaum.
Es braucht daher eine wirksame politische Schwerpunktsetzung, welche die Bildungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Für DIE LINKE in Berlin sind vor allem Gemeinschaftsschulen ein wirksames Instrument. Gemeinsam länger Lernen und die Entkoppelung des Bildungserfolgs vom ökonomischen und sozialen Hintergrund der Eltern durch Gemeinschaftsschulen ist wissenschaftlich nachgewiesen. Ein Ausbau ist daher unbedingt erforderlich.
In Friedrichshain ist oder war eine neue Gemeinschaftsschule geplant, stand schon in den Startlöchern. Auch im Koalitionsvertrag auf Landesebene wurde vereinbart, dass Gemeinschaftsschulen als eigenständige Schulart weiterentwickelt werden. Grund- und Oberschulen sollten bei der Umwandlung mit finanziellen Mitteln bei der Prozessbegleitung unterstützt werden – doch mit der eingestampften Investitionsplanung wird das Vorankommen dieses wichtigen Vorhabens durch die SPD geführte Bildungsverwaltung zunächst auf Eis gelegt. Fatal für die Schüler*innen und die Zukunft der Bildungsgerechtigkeit in der Berliner Bildungslandschaft.
Es braucht eine Fortsetzung der Schulbauoffensive, damit neue Schulplätze und Sanierungsmaßnahmen auskömmlich finanziert werden sowie ein Förderkonzept für die Fusion zur Gemeinschaftsschule. DIE LINKE wird sich auf allen Ebenen, ob im Land oder den Bezirken für den Ausbau und die Förderung von Gemeinschaftsschulen einsetzen, für längeres gemeinsames Lernen – als Grundpfeiler linker Bildungspolitik und im Kampf für mehr Bildungsgerechtigkeit.

Ulrike Judas, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg für DIE LINKE

BVV beschließt Resolutionen

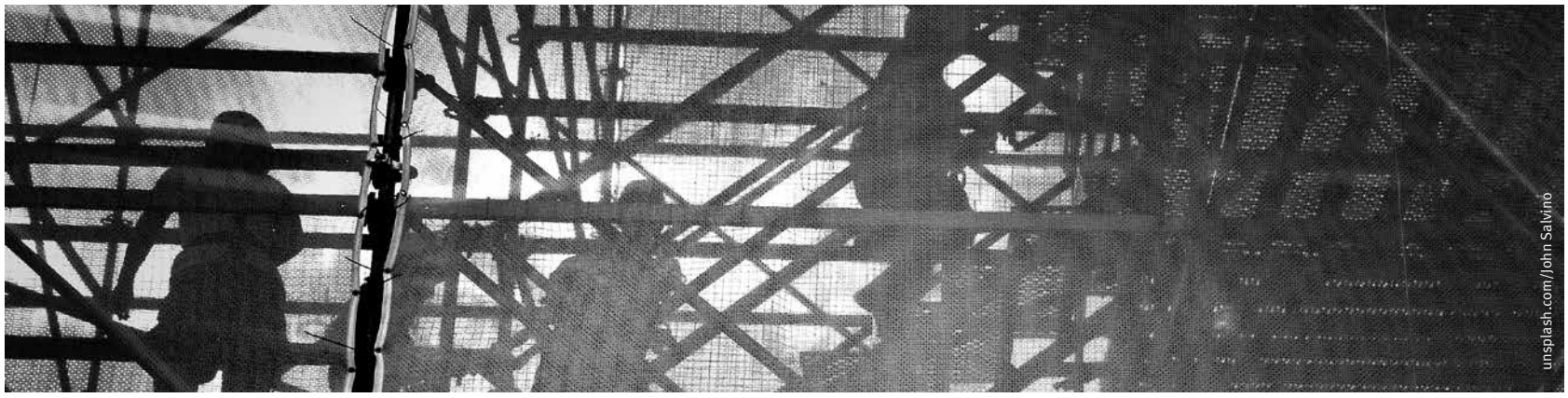
Auf Initiative der LINKEN wurden zwei Resolutionen zu den völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beschlossen.

Im Bezirksparlament bringen einige Fraktionen immer wieder das Argument an, Kommunalpolitik hätte nichts mit Außenpolitik zu tun. Es ist jedoch eine Tatsache, dass viele Menschen mit Migrationsgeschichte unter anderem wegen politischer Verfolgung und Krieg aus ihren Heimatländern geflohen sind und in unserem Bezirk ein neues Zuhause gefunden haben: Türk*innen, Kurd*innen und Iraner*innen, Ukrainer*innen, um nur einige zu nennen.
Auch in unserem Bezirk trauern kurdische Familien um ihre Angehörigen in Nordsyrien oder im Nordirak, die türkischen Drohnenangriffen zum Opfer gefallen sind.
DIE LINKE brachte daher im Juni eine Resolution in die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ein, welche die völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei auf die selbstverwalteten Gebiete in Nordsyrien und auf das ezidische Siedlungsgebiet im Nordirak verurteilt. Der Bezirk unterhält seit 2019 eine offizielle Städtepartnerschaft mit der nordsyrischen Stadt Dêrik, daher ist es mehr als gerechtfertigt, sich mit der Bevölkerung dort solidarisch zu erklären.
Aktuell bangen viele Exil-Iraner*innen um das Leben ihrer Angehörigen, weil diese sich an den Protesten im Iran beteiligen. Viele leben auch in unserem Bezirk. Im September brachte daher DIE LINKE eine Resolution ein, um sich mit den Protestierenden solidarisch zu erklären.
Auszüge aus der Resolution
»Solidarität mit den Frauen und der Freiheitsbewegung im Iran!«:
»Die mutmaßliche Ermordung der iranischen Kurdin Jina Amini durch Irans Sittenwächter hat in großen Teilen der iranischen Bevölkerung Empörung ausgelöst. Masha Amini, so ihr iranischer Name, weil ihr kurdischer Name verboten war, starb, weil sie den Hijab nicht ordnungsgemäß trug [...]
Bei den gegenwärtigen Protesten geht es nicht nur um staatlich verordnete strenge Kopftuchregeln, sondern es ist auch ein Aufbegehren gegen die systematische Unterdrückung der Frauen im Iran.
Auf den Straßen verbrennen Frauen ihre Kopftücher, schneiden sich öffentlich die Haare ab. Bei Demonstrationen rufen sie die weltweite Parole der kurdischen Frauenbewegung: ›Jin, Jiyan, Azadî‹: Frau, Leben, Freiheit.
Der mutige Protest richtet sich gegen ein totalitäres, islamistisches Regime, in der das Scharia-Recht gilt, in der Frauen gesteinigt werden.
Sich für Gleichberechtigung und die politische und religiöse Freiheit im Iran einzusetzen, ist lebensgefährlich [...]
*Ihnen und allen mutigen Frauen und Unterstützer*innen im Kampf gegen den Kopftuchzwang und für Freiheit gilt unsere Solidarität.*
Frauenrechte sind Menschenrechte – überall!«
Die Parole der kurdischen Frauenbewegung »Jin, Jiyan, Azadî«, auf deutsch »Frau, Leben, Freiheit«, ist zum gemeinsamen Kampfruf von Frauen unterschiedlichster Herkunft geworden. Egal, ob jemand aus der Türkei, aus Syrien, aus dem Irak oder dem Iran kommt, egal welcher Ethnie sie angehören, die demokratisch gesinnten Menschen begehren gemeinsam gegen das frauenfeindliche Mullah-Regime auf – ein islamistisches Regime, das Frauenrechte mit Füßen tritt.
Auch bei uns wird in einigen Moscheen den Frauen eingeredet, dass eine gute Muslima nur eine Muslima ist, die sich verhüllt. Der Hijab kann aber erst dann eine echte Wahlmöglichkeit sein, wenn alle Frauen auf der Welt frei und selbstbestimmt entscheiden dürfen, ob sie ihn tragen wollen oder nicht. Deshalb darf der Hijab nicht mehr an patriarchale Strukturen gekoppelt sein und als Unterdrückungsinstrument benutzt werden.
Auch auf dem Fest anlässlich der 10-jährigen Selbstermächtigungsgeschichte geflüchteter Menschen auf dem Oranienplatz wurde beim Auftritt der berühmten amerikanischen Menschenrechtlerin Angela Davis »Jin, Jiyan, Azadî« skandiert.

flickr.com/Kai Schwerdt

Foto: Ben Gross

Elke Dangeleit, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg für DIE LINKE


unsplash.com/John Salvino

Öffentliche Aufträge – nur nach Tarif!

Mehr soziale und ökologische Standards bei Vergabe

Ab Ende 2022 müssen alle Unternehmen, die in Berlin öffentliche Aufträge erhalten, ihre Beschäftigten nach dem Tarifvertrag der jeweiligen Branche bezahlen. Die so genannte Tariftreue-Klausel im Berliner Vergabegesetz wird dann endlich in Kraft gesetzt. Die gesetzliche Regelung gibt es schon seit über zwei Jahren. Doch Teile der Verwaltung sträubten sich lange, die formalen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Tariftreue-Klausel auch tatsächlich angewendet werden kann.
DIE LINKE hat im rot-grün-roten Senat und im Abgeordnetenhaus permanent Druck gemacht. Nun ist es endlich so weit: Berlin hat die bundesweit weitgehendste und effektivste Regelung zur Tariftreue bei der öffentlichen Vergabe. Damit setzen wir unseren Grundsatz: »Öffentliches Geld nur für gute Arbeit« weiter um. Als zusätzliche Untergrenze soll der Vergabemindestlohn noch in diesem Jahr auf 13 Euro brutto pro Stunde angehoben werden.
Damit die Tarifverträge unkompliziert von den Unternehmen angewendet werden können, hat die LINKE Arbeitssenatorin Katja Kipping schon Anfang des Jahres das digitale Tarifregister an den Start gebracht. Dort können auch Arbeitnehmer, die für öffentliche Aufträge eingesetzt werden, einfach online nachschauen ob ihr Arbeitgeber korrekt zahlt.
Das Land Berlin vergibt pro Jahr Aufträge im Gesamtwert von rund fünf Milliarden Euro an private Unternehmen. Dazu gehören Bauprojekte, Reinigungsaufträge oder etwa die Beschaffung von Schulmöbeln. Für uns ist klar, dass die öffentliche Hand kein Auftraggeber wie jeder andere ist. Das Land ist in der Pflicht, mit seinem enormen Auftragsvolumen auch soziale und ökologische Standards zu setzen. Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, müssen deshalb beispielsweise die ILO-Kernarbeitsnormen einhalten. Und ihnen können konkrete Vorgaben zu Nachhaltigkeit und ökologischer Materialbeschaffung gemacht werden. Auch Aspekte wie Frauenförderung können bei der Ausschreibung zum Auswahlkriterium gemacht werden.
Natürlich ist jede Regelung nur so gut, wie sie in der Praxis tatsächlich angewendet und kontrolliert wird.
In Berlin werden die öffentlichen Aufträge nicht alle von einer zentralen Stelle ausgeschrieben. Die Ausschreibungen erfolgen durch unzählige Verantwortliche in den Bezirksämtern und den Senatsverwaltungen. Die Koalition hat sich vorgenommen, diese Auftraggeber schulen zu lassen, damit sie die sozialen und ökologischen Vergabekriterien wirklich zur Anwendung bringen und rechtssicher ausschreiben.
Um zu kontrollieren, ob die Unternehmen die Vorgaben der öffentlichen Vergabe tatsächlich einhalten, gibt es die so genannte Kontrollgruppe. Diese kann sich etwa die Entgeltabrechnungen der Unternehmen zeigen lassen, um zu prüfen, ob der vorgeschriebene Tarifvertrag eingehalten wird. Oder sie kann die Materiallisten checken, um ökologische Standards sicher zu stellen. Das Problem ist, dass diese Kontrollgruppe personell viel zu schlecht besetzt ist. Deshalb setzt sich DIE LINKE für einen deutlichen Personalaufbau ein. Da es nicht einfach ist, schnell ausreichend Kontrolleure zu finden, sollten auch externe Experten einbezogen werden. Die Sozialkasse des Berliner Baugewerbes (SoKa Bau) hat angeboten, solche Aufgaben zu übernehmen. Gemäß § 16 Absatz 8 des Berliner Vergabegesetzes ist das ausdrücklich möglich.

Damiano Valgolio, Mitglied des Abgeordnetenhauses für DIE LINKE

Gesundheit in unserem Bezirk

Am 27. September 2022 fand im Nachbarschaftshaus Urbanstraße die Gesundheitskonferenz unseres Bezirkes statt. Die letzte Zusammenkunft dieser Art hatte es 2018 gegeben. Neben den Stadträt*innen und Kolleg*innen aus der Verwaltung waren vor allem Vertreter*innen von Einrichtungen, Trägern und Initiativen eingeladen, um sich zu Perspektiven auf ein gesundes Leben in Friedrichshain-Kreuzberg auszutauschen und zu vernetzen.
Bereits im Jahr 2001 beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg, dass unser Bezirk Mitglied im Gesunde-Städte-Netzwerk werden soll. Inzwischen gehören deutschlandweit 92 Kommunen diesem Netzwerk an, darunter fast alle Berliner Bezirke. Das Netzwerk setzt sich dafür ein, dass Gesundheitsförderung wirklich im Alltag der Menschen ankommt. Es braucht engagierte Kommunalpolitik, um in allen Bereichen der Daseinsvorsorge langfristig Projekte der Gesundheitsförderung zu installieren und zu pflegen. Integrierte Handlungskonzepte und bürgerschaftliches Engagement müssen hier Hand in Hand gehen. Alle anwesenden Stadträt*innen konnten berichten, dass solche oft kleinteiligen Maßnahmen bereits umgesetzt würden. Das reicht von Kooperationsvereinbarungen zwischen den Ämtern, über Suchtprävention, Stadtradeln bis zur Einrichtung von Trinkbrunnen.
Damit Politik mit Bürger*innen ins Gespräch kam, gab es vier Thementische. Dort konnte sich ausgetauscht werden zu gesundem Aufwachsen, gesundem Älterwerden, Belastungen in Krisenzeiten und der Mobilitätswende im öffentlichen Raum. Im Vorfeld wurden die bezirklichen Studien zu den Einschulungsuntersuchungen und 60+ vorgestellt. Damit gab es eine gute Grundlage für Diskussionen.
Der Bezirksstadtrat für Soziales, Arbeit und Bürgerdienste, Oliver Nöll, und Regine Sommer-Wetter, Stadträtin für Jugend und Gesundheit diskutierten an Thementischen mit Einrichtungen, Trägern und Interessierten. Am Ende wurden die Ergebnisse zusammengefasst und verabredet, über umgesetzte Maßnahmen auf der nächsten Gesundheitskonferenz zu berichten.

Gesunde Städte-Netzwerk
der Bundesrepublik Deutschland

Regine Sommer-Wetter, Stadträtin für Jugend und Familie

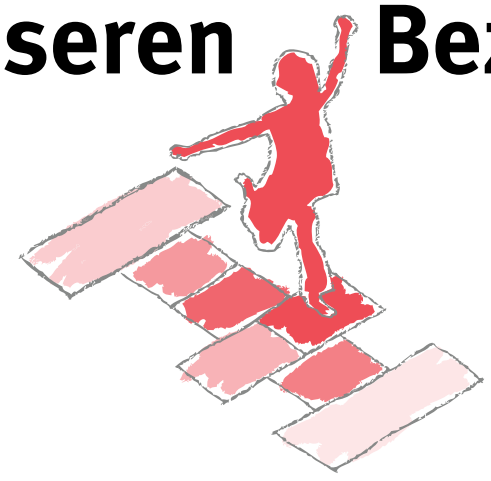
+ + + Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + +

Netzwerk der Wärme – **gegen soziale Kälte**

Die Auswirkungen von Putins Krieg gegen die Ukraine treffen die Menschen auch hierzulande: Inflation, Energiekrise, steigende Preise in vielen lebenswichtigen Bereichen und vor allem die Ungewissheit, welches Ausmaß das alles noch annimmt, bereiten vielen Sorge und verbreiten Existenzängste. Aber auch die Wirtschaft, gerade viele kleine Unternehmen, die es mit Mühe durch die Pandemie geschafft haben, leiden unter hohen Energiepreisen und würden noch mehr leiden, sollte ein großer Teil der Menschen sich wegen hoher Energiepreise nichts mehr leisten können. Und natürlich ist auch die soziale und kulturelle Infrastruktur bedroht, wenn Energiepreise ins Unermessliche steigen.
Lange hat die Bundesregierung die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen grotesk unterschätzt. Von »ein wenig Rumpeln im Osten« war die Rede. Und mit einer Gasumlage ohne Ausgleich wurde noch zusätzlich Öl ins Feuer gegossen.
Berlins rot-grün-rote Regierung hat den festen Willen alles zu tun, um die Berliner*innen »… gut und sicher durch die Krise zu bringen«. Die Möglichkeiten eines Bundeslandes sind im Verhältnis zum Bund begrenzt. Aber bereits im Frühsommer wurden vom Berliner Abgeordnetenhaus 380 Millionen Euro dafür zur Verfügung gestellt. In einem Nachtragshaushalt wird diese Summe noch einmal um 800 Millionen bis 1,5 Milliarden Euro aufstockt.
Kernmaßnahmen des Pakets sind: kostengünstiger Öffentlicher Nahverkehr – zunächst mit einem 29-Euro-Ticket, Härtefallfonds für Privathaushalte, Hilfen für Berliner Unternehmen, Investitionen in den Ausbau von erneuerbaren Energien, Stärkung der sozialen und öffentlichen Infrastruktur. Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass keine Kita, keine Kultureinrichtung und kein sozialer Träger die Arbeit einstellen muss, weil er die Energierechnung nicht bezahlen kann. Das bildet die Grundlage für ein »Netzwerk der Wärme«, welches »… vereinsamte oder wegen der Energiekrise in Not geratene Berliner*innen auffangen …« soll. Dabei gehe es zuerst um menschliche Wärme, so die Sozialsenatorin der LINKEN.
Geplant ist die Vernetzung vorhandener kleinteiliger und niederschwelliger Angebote für Bürger*innen, ein bezirksübergreifendes Netz aus Wärmepunkten, z. B. Stadtteilzentren, Senior*innentreffs, Kantinen, Museen oder Bibliotheken oder auch Pausenräume von Start-up-Unternehmen, in denen sich Menschen treffen und austauschen können und/oder Beratungen erhalten.
In Gesprächen zwischen Senat, Bezirken und verschiedenen Akteur*innen der Nachbarschaftsinitiativen und Stadtteilzentren wurden erste Schritte der konkreten Umsetzung besprochen. So sollen Bezirke und Land gemeinsam schon bestehende Angebotsstrukturen zu Beratungen für soziale Hilfen und zum Energiesparen nutzen und je nach Bedarf permanent weiter ausbauen. Geplant ist weiterhin die Initiierung einer »Charta der Wärme« der verschiedenen Akteur*innen, die unterstützt von Online-Angeboten Hilfesuchenden den Weg zu einem »Wärmepunkt« und Beratungsangeboten erleichtern sollen.
Das soll der Berliner Weg sein: umfangreich helfen, niemanden zurücklassen und als Stadtgesellschaft gemeinsam solidarisch durch die Krise zu gehen.

Steffen Zillich,
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für DIE LINKE

Sprach-Kitas gefährdet: **Sparpolitik des Bundes erreicht unseren Bezirk**



Aktuell werden in unserem Bezirk 58 Kitas mit dem Bundesprogramm Sprach-Kitas gefördert. Zusätzliche Fachkräfte kümmern sich hier um die sprachliche Entwicklung, insbesondere bei Kindern mit defizitären Entwicklungen. Die Bedarfe hatten zuletzt im Zuge der Corona-Pandemie und den damit vielen geschlossenen Einrichtungen massiv zugenommen. Daher wurde das Programm erst im Sommer 2021 aufgestockt auf nunmehr 260 Millionen Euro. Das Programm richtet sich dabei keineswegs nur an Kindern mit Migrationshintergrund. Bundesweit wurden zuletzt 520.000 Kinder in 6.800 Kitas gefördert. Sämtliche Evaluationen bestätigen den SprachKitas eine hohe Wirkung und so fand das Bundesprogramm auch Niederschlag im Koalitionsvertrag der Ampel. Umso überraschender kam die Verkündung des Aus für das Bundesprogramm durch Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) im Sommer. Rund 260 Millionen Euro möchte das Familienministerium damit jährlich einsparen. Auch im Bereich der Fachkräfteoffensive, Frühe Hilfen, der Jugendsozialarbeit oder Jugendverbände kürzte das Familienministerium die Mittel ordentlich zusammen. In Angesicht der enormen Sonderausgaben für die geplante Aufrüstung in Höhe von 100 Milliarden Euro oder zuletzt für die Deckelung der Energiepreise in Höhe von 200 Milliarden Euro erscheinen diese Kürzung geradezu kleinlich und überflüssig. Dennoch hält die Bundesregierung daran fest.
Gleichzeitig wiederholt das Familienministerium in Endlosschleife, die Sprach-Kitas seien gerettet, da sie in das so genannte Kitaqualitätsgesetz überführt würden. Mit dem Kitaqualitätsgesetz soll das so genannten Gute-Kita-Gesetz fortgeführt werden. Es beinhaltet einen zweckgebundenen Zuschuss des Bundes in Höhe von 2 Milliarden Euro für die Kitas. Doch so einfach ist das nicht. Eine Kürzung der Bundesmittel um 260 Millionen Euro bleibt eine Kürzung. Richtig ist, das im sogenannten Kitaqualitätsgesetz die sprachliche Förderung auch zukünftig möglich sein soll. Aber die zweckgebundenen Mittel sind bereits verplant. Wer aus diesen Mitteln Sprach-Kitas fördern möchte, muss also an anderen Stellen einsparen, z. B. bei den Gruppengröße n oder die Kitagebühren erhöhen. Vor diesem Hintergrund hat der Jugendhilfeausschuss das Land und den Bund aufgefordert, alles zu unternehmen, um die Sprach-Kitas auch zukünftig zu erhalten. Auf Landesebene finden Bemühungen statt, eine Anschlussfinanzierung zu finden. Dennoch wird die Weiterführung ein enormer Kraftakt. Die Fachkräfte müssen gehalten werden und die notwendigen Strukturen zur Weiterführung des Programms auf Landesebene aufgebaut werden. Dies ist nach Stand der Dinge bis Ende des Jahres nicht schaffbar. Daher muss sich der Bund bewegen und zumindest übergangsweise das Programm weiterführen. Ansonsten sieht es schlecht aus für die 58 Sprach-Kitas in unserem Bezirk.

Kolja Fuchslocher

+ + + Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + +

+Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Heißer Herbst + + +Hei

Schlingerkurs in der **Energiepreiskrise beenden!**

Spanien und Portugal führten Übergewinnsteuern und Mietendeckel ein, Frankreich eine Energiepreisbremse für seine staatlichen Energieunternehmen, sodass niemand mehr als vier Prozent Preissteigerung zahlt. Deutschland schnürte Entlastungspakete. Doch die Hälfte der Kosten sollen Länder und Kommunen tragen. Die Bundesregierung hielt wochenlang an einer preistreibenden Gaspreisumlage fest. Nun hat sie diesen Irrsinn durch eine Gießkanne ersetzt, die den Besitzer des beheizten Pools, den er diesen Winter einfach ausschalten kann, bevorteilt. Nachhaltigkeit? Fehlanzeige. Während Frankreich kein Kühlwasser mehr für Atomkraftwerke hat, führen Habeck und Scholz ein Schauspiel der Richtlinienkompetenz auf und lassen nun alle drei Meiler – mit dem Segen des grünen Bundesparteitag – weiterlaufen. Man möchte nur noch schreien: Atomkraft? Nein, danke! Letztlich führt kein Weg daran vorbei, dass eine LINKE jede politische Krisenbewältigung endlich europäisch denken muss.

Und das macht sie auch: Am 30. September saßen die Energieminister der EU-Mitgliedstaaten zusammen. Zeitgleich tagten linke Politiker*innen aus den Landtagen, der Bundestagsfraktion und Europa ebenfalls in Brüssel in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Die Hoffnungen auf einen Europäischen Gaspreisdeckel zerschlugen sich schon im Laufe des Tages. Für die LINKEN-Politiker der Fraktionsvorsitzendenkonferenz war schnell klar, dass die befristete EU-weite Umsatzobergrenze von 180 Euro für die Megawattstunde Gas und ein zeitweiliger »Solidaritätsbeitrag« keine nachhaltigen Instrumente zu einer wirksamen Entlastung der Menschen in der EU sind. Diese Vorschläge schöpfen jedoch keine Krisengewinne multinationaler Unternehmen ab, was für eine Gegenfinanzierung der Energiepreise dringend notwendig wäre. Und sie reichen auch nicht aus, damit regionale, kommunale und dezentrale Energieversorger ihrer Verantwortung für eine stabile Energieversorgung zu fairen Preisen nachkommen können.
Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine und unsere bisherige Abhängigkeit vom russischen Gas haben die Energiepreis-Spirale verschärft. Doch Energiearmut und steigende Preise gab es schon lange vor dem 24. Februar 2022. Schuld ist der privatisierte Strommarkt, der sich stets am teuersten Produzenten orientiert. Es ist ein politisches Totalversagen, wenn die EU derartig lange braucht, um auf eine riesige soziale Krise zu reagieren. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz hält deshalb fest, dass angesichts der weltweiten Energiekrise und des voranschreitenden Klimawandels es jetzt einen auskömmlichen Europäischen Klimaenergiefonds braucht. Dieser soll eine angemessene und nachhaltige Krisenbewältigung und eine Dekarbonisierung der Wirtschaft auf Basis eines massiven Ausbaus der erneuerbaren Energie zu finanzieren. Mit Blick auf die Europawahl 2024 setzen wir auch auf eine längst überfällige Abschaffung der Schuldenbremse zugunsten sozial-ökologischer Investitionen und langfristig auf eine demokratische Kontrolle von Energieproduzenten durch Vergesellschaftung.
In dieser Woche gehen wir auch in Straßburg mit französischen Gewerkschaften auf die Straße. Wir beteiligen uns am Herbst der Solidarität und organisieren selbst Proteste, schnüren Entlastungspakete dort, wo wir in Regierungen Mitverantwortung tragen. Politische Fehlschläge in Europa und vor Ort können wir uns nicht länger leisten.

Martina Michels, Mitglied des Europäischen Parlaments für DIE LINKE

Harte Zeiten

Der kommende Winter könnte fies kalt werden. Und zwar nicht nur draußen, sondern auch in der Wohnung. Die Preise für Gas gehen dermaßen durch die Decke, dass sich viele überlegen werden, ob sie die Heizung aufdrehen oder doch lieber mit dicken Socken, Decke und Mütze vorliebnehmen. Harte Zeiten. Rund 650.000 Wohnungen werden in Berlin mit Gas geheizt. Mieterinnen müssen also mal wieder tief ins Portemonnaie greifen und das, wo doch die Mieten eh seit Jahren immer weiter ansteigen. Hinzu kommt die hohe Inflation und die damit verbundenen deutlich gestiegenen Preise für Lebensmittel und andere Produkte. Es wird also nicht schön in den kommenden Monaten – es könnte aber auch weit weniger dramatisch werden, wenn die notwendigen politischen Maßnahmen ergriffen werden. Die Ampel mag sich redlich bemühen, am Ende ist sie aber nicht bereit, die Kosten so zu verteilen, dass diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen am stärksten entlastet werden. Maßnahmen wie die Gaspreisbremse sind klassenblind, solange sie nicht nach Einkommen unterscheiden. Am Ende bleibt vom Doppelwumms nur ein leises Wummern. Deshalb: wirksamer Gaspreisdeckel, monatliches Inflationsgeld für jeden Haushalt und eine Übergewinnsteuer auf alle Krisengewinne. Damit wir alle durch den Winter kommen.

Kerstin Wolter, Bezirksvorsitzende der LINKEN Friedrichshain-Kreuzberg

Wir fordern:

1. Lebensmittel und Energiepreise müssen bezahlbar bleiben
Es darf nicht sein, dass Menschen Mahlzeiten ausfallen lassen, weil die Preise durch die Decke gehen. Gegen die drastisch steigenden Preise fordert DIE LINKE eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, wie zum Beispiel ein Wintergeld von 125 Euro im Monat für jeden Haushalt bis zum mittleren Einkommen (plus 50 Euro für jede weitere Person im Haushalt).

2. Niemand darf im Dunkeln sitzen
Die Energiekonzerne machen Reibach zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung. Bis 2007 gab es eine staatliche Preisaufsicht für Strom, die wollen wir wieder einführen. Damit niemand Angst haben muss, im Winter im Dunkeln zu sitzen, fordert DIE LINKE außerdem ein Verbot von Strom- und Gassperren. Die Übergewinne der Energiekonzerne müssen abgeschöpft werden.

3. Niemand darf Angst vor zu hohen Gaspreisen haben
Die Preise für Strom und Gas staatlich regeln! Alle Haushalte bekommen einen Sockelbetrag für Strom und Gas. Grundverbrauch wird preiswerter, Vielverbrauch wird teurer. Um Entlastung zu schaffen, fordert DIE LINKE Gaspreise zu deckeln, statt nur zu bremsen.

4. Alle sollen ihre Ziele erreichen können.
Es müssen endlich die Weichen für eine soziale und ökologische Verkehrs- und Energiewende gestellt werden. Mobilität darf kein Luxus sein. Das 9-Euro-Ticket muss verlängert, Bus und Bahn langfristig kostenfrei und ausgebaut werden.

Erobern wir den Öffentlichen Raum zurück!

Eröffnung eines neuen Parklets in der Palisadenstraße auf Höhe der Margarethe-von-Witzleben-Schule

Es tut sich etwas in unserem Kiez! Der öffentliche Raum wird langsam umgestaltet. In diesem Sommer wurde in der Palisadenstraße auf Höhe der Margarethe-von-Witzleben-Schule ein »Parklet« der Öffentlichkeit übergeben. Ein Ort zum Verweilen, Ausruhen, Treffen und Kommunizieren im Öffentlichen Raum, ein solcher Raum sollte eigentlich nicht der gesonderten Erwähnung wert sein. Definiert sich doch der Öffentliche Raum als Ort der Begegnung, des sozialen Austauschs und der Teilhabe der Bürger*innen. Die Nutzung des Öffentlichen Raums entscheidet über die Lebensqualität aller.
Ganz anders sieht es aber häufig in unseren Städten aus. Die »Agentur für clevere Städte« haben zusammen mit Studierende 2014 im Rahmen eines Semesterprojektes Berliner Straßen vermessen und das Ergebnis hochgerechnet: 58 Prozent der Verkehrsflächen in der Hauptstadt sind für Autos reserviert, davon 19 Prozent für parkende Fahrzeuge. Fußwege nehmen 33 Prozent der Flächen ein, für den Radverkehr bleiben lediglich drei Prozent der Flächen übrig.
Der öffentliche Raum ist also zum Großteil Verkehrsfläche, die zu Gunsten des Auto- und Lastverkehrs in Anspruch genommen wird. Fußgänger*innen und Radfahrer*innen müssen sich den Rest aufteilen und unter teils gefährlichen Umständen aneinander vorbei mogeln. Der Verkehrsunfall sollte in keinem Fall eine Form der sozialen Begegnung sein …
Noch bevorzugt die Verkehrsinfrastruktur das Auto zu Lasten des öffentlichen Verkehrs. Aber nicht nur das privat genutzte Auto sollte als Garant individueller Mobilität sein, sondern gerechte Gestaltung von Mobilität heißt, nicht nur Ausbau des ÖPNV sondern auch neue Modelle des ÖPNV zu entwickeln. Modelle die das eigene Auto überflüssig machen.
Die Reprivatisierung des Öffentlichen Raums hat in unerträglichem Maße zugenommen. Carsharing und eScooter nutzen kostenlos den Öffentlichen Raum und machen dank steuerfinanzierter Straßen und Plätze Profit für privatwirtschaftliche Zwecke. Als DIE LINKE setzen wir uns für eine stärkere Regulierung von privaten Car-, Bike-, eBike- und eRoller-Angeboten ein.
Wir setzen uns bei der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung für eine bezirksübergreifende Strategie ein, damit der Verkehr und die Parkplatznot nicht nur um einige Straßen verlagert, sondern durch andere Formen der Mobilität ersetzt werden können. Entsiegelung von Verkehrsflächen tragen darüber hinaus dazu bei, Berlin wieder zu einer lebens-werten Stadt zu entwickeln. Die Einrichtung eines »Parklets« ist zwar nur ein winziger Baustein, aber es ist ein Baustein. Berliner Straßen sind für alle da und mit dieser Aktion leisten wir im Kiez einen kleinen Bei-trag zur klimafreundlichen und gerechten Mobilität für alle.

Brunhilde Van hove,
Mitglied im Bezirksvorstand DIE LINKE Friedrichshain-Kreuzberg

Bäume schützen in der wachsenden Stadt

Bilanz der umweltpolitische Arbeit der neuen BVV ein Jahr nach der Wahl

Die Tätigkeit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kann frustrierend sein: Es gibt kaum Handlungsspielraum – was in der Macht von Bezirksverordneten steht, ist allenfalls empfehlen, fragen, Prüfaufträge erteilen. Die bezirklichen Verwaltungen arbeiten zudem nach festen gesetzlichen Vorgaben, gemäß selbst gesetzten inhaltlichen Schwerpunkten und abhängig von der Haushaltslage des Landes Berlin. Die BVV hat keinerlei Einfluss auf Verordnungen und Gesetze, die das Handeln des Bezirksamts bestimmen und festlegen. Da fragt man sich schnell: Was ist überhaupt das Einflussgebiet beziehungsweise die Aufgabe der BVV?
In Friedrichshain-Kreuzberg gilt noch der kleine, wichtige Zusatz, dass das »Kreuzberger Landrecht« die Verwaltung an Beschlüsse der BVV bindet. Beispielsweise konnte die Fraktion DIE LINKE das Bezirksamt so im Jahr 2020 beauftragen, im Rahmen des Klimanotstandbeschlusses alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Erderwärmung von 1,5°C noch zu verhindern.
Ganz konkret sind es dann oft die kleinen Erfolge und die Zusammenarbeit mit Bewegungen, die die Arbeit lohnenswert machen. Uns sprechen viele Initiativen an und bitten uns, ihre Forderungen zu unterstützen.
In meinem Fall als umweltpolitische Sprecherin geht es in unserem Bezirk oft darum, Baumfällungen zu verhindern. Friedrichshain-Kreuzberg ist der am stärksten versiegelte Bezirk Berlins, mit den wenigsten Grünflächen. Der Bezirk zählt zu den am dichtesten besiedelten Regionen Deutschlands und Europas. In Friedrichshain als ehemaligen Ostteil des Bezirks wird zudem Baurecht anders angewandt als in Kreuzberg – das hat mit der Wiedervereinigung zu tun. Als Folge daraus wird viel »Lückenschluss« betrieben, werden Brachen bebaut und Hinterhöfe versiegelt. Ein stadtplanerisches Gesamtkonzept scheint dabei nicht zu bestehen, denn zu oft werden Gewerberäume geschaffen, wo eigentlich Platz für Wohn- oder Erholungsflächen wäre. Deshalb fordert das Berliner Bündnis für Nachhaltige Stadtentwicklung einen temporären Nachverdichtungsstopp für ganz Ost-Berlin.
DIE LINKE fordert aus diesem Grund eine Absage an die Nachverdichtung, wie sie aktuell stattfindet. Laut Berliner Baumschutzverordnung gilt momentan nämlich Baurecht vor Baumschutz. Das Bezirksamt ist gesetzlich dazu verpflichtet, Fällgenehmigungen zu erteilen, weil sie bei Gründen wie Wohnungsbau einfach vorgesehen sind.
Sei es in der Taborstraße, in der Pintsch- oder in der Petersburger Straße – Bäume sollen für Wohnungs- und Straßenbau fallen. Zuletzt konnte ein Erfolg in der Taborstraße erreicht werden, wo ein Hauseigentümer spontan von einem Neubau im begrünten Innenhof abgelassen hat. Die Beweggründe sind bisher nicht vollkommen durchsichtig. Die Hoffnung ist, dass der Druck gewirkt hat. Somit besteht also doch ein kleiner Handlungsspielraum. Glücklicherweise bin ich Bezirksverordnete in einem Bezirk, in dem ich das Bezirksamt gut aufgestellt sehe, mit viel Erfahrung und Wissen um ökologische Wirkmechanismen – und mit einem großen Herz für Stadtgrün. Die meisten Fraktionen und das Bezirksamt vereint der Kampf um jeden einzelnen Baum.

Karolin Behlert
Sport- und umweltpolitische Sprecherin der BVV-Fraktion DIE LINKE

unsplash.com/PAN XIAOZHEN

Schulreinigung – **keine »Gute Arbeit«** (I)

Auf Vorgabe des damaligen Finanzsenators Thilo Sarazin wurde die bis dahin vorwiegend kommunal betriebene Schulreinigung an private Reinigungsfirmen übertragen. Als Grund für die Vorgabe wurde Kostenersparnis aufgeführt. Tatsächlich zeigen Untersuchungen, dass die Ausgaben für eine privatisierte Schulreinigung etwas geringer ausfallen als wenn diese kommunal betrieben werden. Wie in vielen anderen Bereichen allerdings auch geschieht diese Kostenreduktion auf dem Rücken der Beschäftigten.
Bei der Schulreinigung gibt es in der Ausschreibung für die Vergabe zwar Vorgaben an Quadratmeterzahlen, die eine Reinigungskraft pro Stunde bearbeiten kann. Aber private Reinigungsfirmen halten oft kein Personal vor, falls Beschäftige aus krankheits- oder anderen Gründen kurzfristig ausfallen. Immer wieder melden sich Reinigungskräfte bei Gewerkschaften und Anlaufstellen für migrantische Beschäftigte und berichten von dauerhaft viel zu hohen Arbeitsbelastungen. Die bezahlte Arbeitszeit ist oft schon lange überschritten, aber die noch zu bearbeitenden Räume noch lange nicht gereinigt.
Bei der Entscheidung, welche private Reinigungsfirma den Auftrag erhält ist es leider immer noch so, dass der günstigste Anbieter den Zuschlag erhält. Aus diesem Grund bewerben sich größere Reinigungsfirmen mit Betriebsräten und Bezahlung nach Tariflohn kaum noch auf Ausschreibungen zur Reinigung von öffentlichen Gebäuden. Die Angebote der günstigsten Anbieter hingegen beruhen oft auf höchstem Zeitdruck für die Reinigungskräfte und dem Engagement migrantischer Arbeiter*innen, die nur geringe Kenntnisse von ihren Arbeitsrechten haben.
Theoretisch könnte die bezirkliche Vergabestelle das Einhalten ihrer Vergabebedingungen kontrollieren, was aber wegen Personalmangel nicht geschieht. Auch die Hausmeister an den Schulen sind schon gut ausgelastet, wenn sie die Qualität der Reinigung kontrollieren müssen. Die Arbeitsbedingungen können sie kaum beurteilen, die Informationen aus direkten Gesprächen zu erhalten, ist auch nicht einfach, da die oft migrantischen Reinigungskräfte sich in der deutschen Sprache oft nicht so gut auskennen. In der kommenden Ausgabe werde ich beschreiben, was wir in der Bezirksverordnetenversammlung tun, um diese Ausbeutungsverhältnisse zu beenden. Die Rekommunalisierung der Schulreinigung steht dabei im Zentrum, denn in kommunalen Unternehmen haben Betriebsräte wichtige Kontrollfunktionen bezüglich fairer Arbeitsbedingungen und effektiver tariflicher Bezahlung.

Jörn Rieken,
Mitglied in der BVV
Friedrichshain-
Kreuzberg

Plan- und mittellos

Die Entwicklungsziele des Regenrückhaltebecken am Columbiadamm

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung wurde von Grünen und SPD gegen die Stimmen der Linksfraktion ein Bebauungsplan beschlossen, der die Entwicklungsziele für das Regenrückhaltebecken am Columbiadamm/Züllichauer Straße festlegt. Einigkeit bestand darin, dass die Kleingartenanlage gesichert werden soll.
Wir haben als LINKE allerdings gegen den Beschluss gestimmt, da er eine Bebauung durch ein landeseigenes Wohnungsunternehmen, das sozialen Wohnraum schaffen soll, ausschließt. Stattdessen wird eine Sportnutzung für die freie Fläche als Planungsziel definiert, die aber keine Umsetzungsperspektive hat.
Mit diesem Beschluss verfolgen Grüne und SPD verschiedene Ziele: Die SPD betont die objektive Notwendigkeit einer weiteren Sportfläche, die hier geplant werden soll. Allerdings ist offensichtlich, dass es in den nächsten Jahrzehnten dafür keine Finanzierung vom Land geben wird: Mit der letzten Investitionsplanung wurden ja entscheidende Projekte zusammengekürzt und selbst für die Pflichtaufgabe der Schulversorgung werden nicht genug Investitionsmittel zur Verfügung gestellt. Es ist praktisch ausgeschlossen, dass der Senat an diesem Standort gleich neben anderen Sportplätzen Millionen für die notwendige Überbauung des Regenrückhaltebeckens bewilligen würde.
Damit scheinen auch die GRÜNEN zu rechnen. Sie stützen ihre Argumentation vordergründig auf die erhaltenswerte ökologische Qualität des Regenrückhaltebeckens, das zeitweise von überschüssigem Regenwasser geflutet wird und einen erstaunlichen Bewuchs von Schilf und anderen Pflanzen aufweist. Es bleibt aber eine künstliche Betonsstruktur als Untergrund, so dass die tatsächliche ökologische Qualität eher in den Kleingärten liegen dürfte. Relevanter ist aus grüner Sicht vielleicht mehr die Sicherung der »Floating University«, eine ursprüngliche zivilgesellschaftliche Zwischennutzung, die sich als kollektiver Ort für Bildung und Kommunikation für eine andere und ökologische Stadt versteht und an diesem Ort bleiben möchte.
Im Ergebnis der Entscheidung von SPD und Grünen wird es am Regenrückhaltebecken keine Entwicklung geben: DIE LINKE warb dafür die Möglichkeit für eine Überbauung und die Errichtung neuer Wohnungen durch ein landeseigenes Wohnungsunternehmen offenzuhalten, die im Einklang mit der bestehenden Kleingartenanlage eine Entwicklung ermöglicht hätte. Die Pointe: Dabei hätte auch wirklich eine Fläche zur Sportnutzung entstehen können, anstatt einer formalen Planung, die nicht umgesetzt wird. Denn beim Wohnungsbau könnten die Städtischen auch eine Sportfläche im Rahmen des Neubaus finanzieren. Und für die Floating hätte man in dem neuen Gebäude sicherlich auch noch Platz finden können. Während an anderer Stelle im Bezirk gegen gute Argumente nachverdichtet wird, wurde hier eine Entwicklung für preiswerte Wohnungen in guter und grüner Lage verhindert.

René Jokisch,
Verkehrspolitischen
Sprecher und
Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion
in der BVV

Termine

Der Rote Laden
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:
Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11 bis 18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Nov./Dez. 2022

Bezirksübergreifende Veranstaltungen
- KaffeeTrinken mit den LINKEN: 17.11., 14.30–17 Uhr, 15.12., 15–17 Uhr

Ortsverband Friedrichshain Südost
- Mitgliederversammlung: 7.11., 21.11. und 5.12., 19 Uhr, Roter Laden
- Info-Stand am Boxi: 19.11., 13–16 Uhr

Ortsverband Friedrichshain Nordost
- Mitgliederversammlung: 17.11. und 15.12. (eventuell Weihnachtsfeier), 19 Uhr, Roter Laden
- Aktions- und Ideenwerkstatt: 3.11., 1.12., 19 Uhr, Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nordwest und Südwest
- Stammtisch: 10.11. und 8.12., 19 Uhr, Prager Hopfenstube
- Mitgliederversammlung: 24.11., 18.30 Uhr, Roter Laden
- Weihnachtsfeier/Jahresendfeier: 15.12., 17Uhr

Ortsverband Kreuzberg
- Mitgliederversammlungen: 3.11. und 1.12., 19 Uhr im Familiengarten, Oranienstr. 34, HH
- Social Media AG: 16.11. und 21.12., 19 Uhr im Bürgerbüro Eralp/Meiser, Zeughofstr. 22
- Jahresabschluss-Feier, Mo, 19.12., 18 Uhr, Bürgerbüro Eralp/Meiser, Zeughofstr. 22, Gäste auch hier herzlich willkommen!

AK Rote Beete für sozial-ökologischen Umbau
Monatliches Treffen: 10.11., 8.12., 18.30 Uhr im Bürgerbüro Eralp/Meiser, Zeughofstr. 22

Bürgerbüro Steffen Zillich, MdA
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/42801476
E-Mail: buero@zillich.berlin
Bürgersprechstunde (Anmeldg. erfordl.): Fr, 18.11, 2.12., 16.12., 10.30–11.30 Uhr
Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung mit Rechtsanwalt Gerd-Peter Junge und Kolleg*innen (Anmeldung erforderlich): Do, 10.11. und 8.12., 15.30–17.30 Uhr

Bürgerbüro Pascal Meiser, MdB
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
E-Mail: pascal.meiser.wk@bundestag.de
Bürger*innensprechstunde: Do, 3.11., 16–17.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Zeughofstr. 22 (Kreuzberg); Di, 6.12., 15.30–17.00 Uhr, Roter Laden
Kostenlose Erstberatung mit einem Rechtsanwalt: Mi., 16.11., 16–17.30 Uhr, Wahlkreisbüro, Zeughofstr. 22 (Kreuzberg)

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Telefon: 030/69507925
E-Mail: buero@elif-eralp.de
Öffnungszeiten: Mo, 10–16 Uhr und Mi, 12–18 Uhr
Bürger*innensprechstunde: Mo, 14.11., 5.12., 15.30–17 Uhr
Migrationserstberatung: Di, 6.9., 16–18 Uhr
rechtliche Erstberatung für Aufenthalts- und Antidiskriminierungsrecht: Mo, 28.11., 19.12., 16–18 Uhr

Kontakt Damiano Valgolio, MdA
DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 0179/5454784
E-Mail: wahlkreis@valgolio.de
Bürger*innensprechstunde: Mi, 16.11., 14.12., 16.30 Uhr–18 Uhr, um Anmeldung wird gebeten
Kostenlose Rechtsberatung: Do, 24.11., 22.12., nur nach Anmeldung

unsplash.com/Vladyslav Melnyk

Auch Pinkeln ist politisch!

DIE LINKE setzt sich für kostenlose öffentliche Toiletten ein

Bei Veranstaltungen im öffentlichen Raum wie zum Beispiel im Park ist es stets dasselbe Bild: Eine Schlange aus dutzenden Frauen steht quer über den Platz an der einzigen öffentlichen Toilette weit und breit an. Wer kann, geht auf die Rückseite des kleinen, grauen Häuschens, dort gibt es ein Pissoir. Denkt man aber einmal genauer darüber nach, kann das nur eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger. Seniorinnen und auch viele männliche Senioren, Menschen mit Behinderung, alle weiblich gelesenen Personen, Frauen, Mädchen, einige queere Menschen: Sie alle sind auf die Kabine angewiesen. Und sie alle müssen hier jeweils 50 Cent bezahlen, um in den Genuss zu kommen, sich erleichtern zu dürfen. Ist das nicht unfair?
Ja! Und deshalb war sich die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg am 31. August (bei Enthaltung der CDU) einig: Auch die geschlossenen Kabinen der öffentlichen Toilettenhäuschen sollten für alle kostenlos sein! Der Antrag wurde sogar über die Konsensliste durchgewunken, so unstrittig war er. Der entsprechende Antrag kam aus der BVV-Fraktion DIE LINKE und hat eine Vorgeschichte: Im Abgeordnetenhaus kämpft unsere Genossin Katalin Gennburg aus Treptow-Köpenick schon seit längerem für die kostenlosen Toiletten für Frauen und alle anderen, die nicht im Stehen urinieren können (oder wollen). Zuletzt wurde zwar mit einem auf sechs Monate angelegten Probebetrieb von 50 kostenlosen Toiletten seitens der Senatsverwaltung Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz diese Idee endlich auch von den Koalitionspartnern von SPD und Grüne befürwortet. Aber trotz erfolgreichem Modellprojekt wollen die zwei Koalitionspartner nicht vollständig kostenfreie Toiletten in ganz Berlin einrichten. Stattdessen ist die neueste Idee des Senats, für einen Großteil der Toiletten die Bezahlung für die Kabinen nur noch mit einer App, also nicht ohne Smartphone, zu ermöglichen. Das wäre eine große Barriere für viele Bevölkerungsgruppen, wie etwa Seniorinnen und Senioren, die kein Smartphone besitzen oder Menschen mit Behinderung, die diese nicht bedienen können. Diese Idee lehnt DIE LINKE ab!
Auch auf dem letzten Landesparteitag wurde mit großer Mehrheit der Antrag zu kostenlosen öffentlichen Toiletten beschlossen. Die Begründung ist klar nachvollziehbar: Berlin braucht kostenlose, öffentliche Toiletten für alle, weil dies zur öffentlichen Infrastruktur gehört und auch darüber entscheidet, wer sich wie im öffentlichen Raum bewegen und damit am öffentlichen Leben teilhaben kann.
»LINKE Stadtentwicklungspolitik sichert die Stadt als Alltagsraum und nicht als exklusiven Touri- oder Konsumraum und deshalb streiten wir dafür, gesellschaftliche Ausschlüsse zu vermeiden und öffentliche Räume für die Menschen und unabhängig vom Geldbeutel zurückholen«, erklärt die LINKEN-Abgeordnete Katalin Gennburg. Sie hat sich gefreut, dass der Landesparteitag der LINKEN die Forderung nach kostenlosen Toiletten, die bereits von einigen LINKEN-Fraktionen in den Bezirken durchgesetzt werden konnte, unterstützt und auch die bargeldlose Zahlung klar ablehnt.
Mit diesem Rückendwind aus der Partei, den breit unterstützten Antrag der LINKEN in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg und möglichst vielen weiteren Beschlüssen der anderen Bezirke für kostenlose öffentliche Toiletten wird es hoffentlich gelingen, dass bald niemand mehr für das Wasserlassen bezahlen muss.

Maria Bischof, Mitglied der BVV Friedrichshain-Kreuzberg und Initiatoren des LINKEN-Antrages für kostenlose Toiletten

BITTE UNTERSTÜTZE DIE LINKE IN FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG AKTIV!

Mitglied werden unter www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden

Spenden an DIE LINKE LV Berlin
IBAN: DE59 100708480525607803
Betreff: Spende FK + Name + Adresse

DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:
Redaktionsschluss: 26. August 2022
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87
www.dielinke-fk.de
www.facebook.com/DIELINKE.FK
Instagram: @dielinke.fk
info@dielinke-fk.de
Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.), Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der BVV Friedrichshain-Kreuzberg:
Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin
Telefon: (030) 90298-2599
E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de